

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 44 (1997)
Heft: 9

Artikel: Wollen die Schweizer jetzt schnurstracks in die UNO?
Autor: Münger, Hans Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-368936>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die neuste ETH-Studie zur Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz hat interessante Resultate ergeben

Wollen die Schweizer jetzt schnurstracks in die UNO?

JM. Seit sechs Jahren ermittelt die Militärische Führungsschule an der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktforschung mittels Publikumsbefragung die Trends in der sicherheits- und wehrpolitischen Meinungsbildung der Schweiz. Die Studie 1997 zeigt Interessantes auf: So sind beispielsweise die Befürworteranteile für die UNO und Schweizer UNO-Truppen so hoch wie noch nie, und auch die Nato scheint den Eidgenossen sympathisch geworden zu sein. Solange das bedauerlich geringe Interesse der Schweizerinnen und Schweizer für die Sicherheitspolitik ihres eigenen Landes jedoch anhält, sind die Zahlen auch dieser Studie mit Vorsicht zu geniessen.

Die Schweiz gilt in den Augen ihrer Bevölkerung als sicheres, nicht aber als zukunftsgewisses Land: Acht von zehn Schweizerinnen und Schweizern fühlen sich «in unserer heutigen Zeit» eher oder sehr sicher, aber nur knapp mehr als die Hälfte (53 %) von ihnen blickt optimistisch in die nahe Zukunft der Schweiz. Das allgemeine Sicherheitsempfinden und die Beurteilung der Zukunftsaussichten haben sich 1997 im Vergleich zum Vorjahr leicht um 5 Prozentpunkte verbessert. Die 97er Stimmung ist nicht mehr so düster wie ein Jahr zuvor, aber auch nicht so optimistisch

wie 1994 (60 %) und 1995 (62 %). Die leicht verbesserte nationale Stimmungslage findet ihren Gegenpol in einer relativ hohen Skepsis bei der Einschätzung der weltpolitischen Lage. Diese wird von 52 % als eher düster eingeschätzt.

Die Garanten der inneren (Polizei) und äusseren Sicherheit (Armee) erreichen in dieser Reihenfolge im Vergleich von insgesamt 6 erfragten Institutionen (Bundesrat, Eidgenössisches Parlament, Polizei, Armee, Medien und Wirtschaft) die Topwerte. Im Vergleich zu 1995 haben alle Institutionen leicht an Vertrauenswerten eingebüßt, relativ stark der Bundesrat. Zwischen dem Vertrauen in die Behörden und der Wahrnehmung von Sicherheit besteht ein Parallelzusammenhang derart, dass der Grad an Sicherheitsbefindlichkeit und an Vertrauen Hand in Hand gehen.

Wachsende internationale Kooperationsbereitschaft

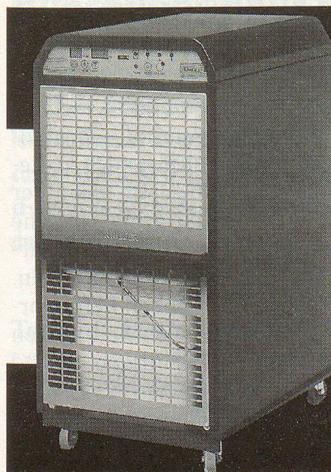
Im Vergleich zum Vorjahr stagniert die Annäherungswilligkeit zur EU (67 %) auf hohem Niveau, die EU-Beitrittsbereitschaft indes hat deutlich abgenommen (42 %, -10 %). Demgegenüber haben sich die Anteile jener, die eine autonome Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindung gutheissen, zum Beispiel in Form von internationaler Konfliktvermittlung, Aufwertung des IKRK u.ä., leicht verstärkt. Die Befürworteranteile für die UNO (57 %,

+6 %) und für Schweizer UNO-Truppen liegen 1997 so hoch wie nie zuvor (66 %, +14 %). Ebenso kann 1997 die Nato einen deutlichen Sympathiezuwachs verzeichnen: 43 % befürworten eine Annäherung, 6 % mehr als im Vorjahr, aber nur etwas weniger als ein Viertel würde einen Beitritt der Schweiz zur Allianz gutheissen.

Der Mut zur internationalen Kooperation in sicherheitspolitischen Belangen überwiegt 1997 den Willen zur politischen Integration in Europa deutlich!

Alles in allem bekennt sich eine seit 1994 leicht wachsende Mehrheit der schweizerischen Stammbevölkerung zu mehr internationaler Kooperationsbereitschaft und zur Öffnung des Landes (64 %, +5 %). Diese Mehrheit ist aber ihrerseits in bezug auf den einzuschlagenden Kurs nach wie vor gespalten, was die Erreichung einer geschlossenen Mehrheit in unserem Lande für konkrete aussen- und sicherheitspolitische Vorhaben weiterhin erschwert. So haben neuerdings die Verfechterinnen und Verfechter einer «weichen», das heisst unverbindlichen, autonom vollzogenen Öffnung der Schweiz gegenüber jenen, die «harte» Bindungen in Form von Beitritten (insbesondere der EU) gutheissen, die Oberhand gewonnen (erstere 34 %, +9 %, letztere 30 %, -4 %). Der Verlust an innerer Dynamik in der EU, die europaweit spürbare Verunsicherung im Zusammenhang mit der geplanten Währungsunion und die zwischen Entgegenkommen und hegemonialem Druck schwankende Haltung der EU gegenüber der Schweiz in den bilateralen Verhandlungen dürften den Stimmungswandel innert Jahresfrist bewirkt haben.

Mit anderen Worten: Es steigt zwar trendmäßig das Bewusstsein für die Grenzen nationaler Sicherheitsautarkie und für die Notwendigkeit einer stärkeren Öffnung der Schweiz auf Kosten des Autonomismus, aber die mit der Öffnung verbundenen Ri-



Feuchtigkeit in Schutzräumen?

- Die neue Luftentfeuchter-Generation – vollautomatisch, robust, zuverlässig
- 11 Modelle für jeden Einsatz
- Kostenlose Feuchtigkeitsmessungen
- Seit über 60 Jahren bewährt

Krüger + Co. AG
9113 Degersheim SG, Telefon 071/372 82 82

Siebnen SZ, Zizers GR, Samedan GR, Dielsdorf ZH, Weggis LU,
Grellingen BL, Münsingen BE, Forel VD, Gordola TI

Senden Sie mir detaillierte Infos über
Luftentfeuchter für Schutzräume:

Name: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____
senden an: Krüger + Co. AG, 9113 Degersheim SG



KRÜGER

siken werden nach wie vor gescheut. Wird die Frage nach einen EU-Beitritt auf einen fiktiven Abstimmungszeitpunkt in zehn Jahren verlegt, so prognostizieren 6 von 10 Befragten eine Mehrheitszustimmung an der Urne. Offensichtlich ist das Gefühl einer gewissen Unausweichlichkeit beim Mitmachen der Schweiz bei der europäischen Integration weit verbreitet.

Annahmen und Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Konsequenzen eines EU-Beitritts der Schweiz bestimmen den Grad an Öffnungsbereitschaft in der Schweizer Bevölkerung dabei in hohem Masse. Auf die Frage, ob die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz im Falle eines EU-Beitritts eher besser, gleich oder eher schlechter verlaufen würde, ergibt sich wie schon 1995 grob eine Drittteilung der Meinungen. Ferner spielen die allgemeine Sicherheitsbefindlichkeit und die Einschätzung der weltpolitischen Entwicklung in die aussen- und sicherheitspolitische Grundhaltung hinein.

Die im Verlaufe der letzten Jahre zu beobachtenden feinen Tendenzveränderungen im Meinungsbarometer helvetischer Öffnungswilligkeit deuten darauf hin, dass sich das aussenpolitische Sensorium in der Schweizer Bevölkerung intensiviert hat. In dieser Situation wirken sich die Befindlichkeitsschwankungen rund um die europäische Integration relativ rasch auch auf die EU- bzw. EWR-Zustimmungsbereitschaft hierzulande aus.

Neutralität – Bedeutung und Interpretationen

Die Neutralität als Prinzip schweizerischer Aussen- und Sicherheitspolitik erhält ungebrochen hohe Zustimmung (seit 1991 im Mittel 80 %). In den Augen der Durchschnittsbürgerinnen und -bürger hat die Neutralität als Prinzip im langfristigen Trend 1983–1997 insgesamt nur wenig an Attraktivität eingebüsst. Sei steht in bezug auf alle ihre Funktionen nach wie vor hoch im Kurs. Für die Mehrheit ist sie eine Maxime mit Zielcharakter. Nur eine Minderheit sieht auch ihre möglichen Nachteile. Sie wird jedoch 1997 von wachsenden Mehrheiten «flexibler» interpretiert als in früheren Erhebungen. Traditionelle und identifikatorische Gesichtspunkte spielen bei der Neutralitätsauffassung der Schweizerinnen und Schweizer aber auch 1997 noch eine grösse Rolle als instrumentelle Nutzenüberlegungen. Nach wie vor gilt die schweizerische Neutralität mehrheitlich als eine Staatsmaxime, an der auch dann festgehalten werden soll, wenn deren Funktionalität sich im Zuge der internationalen Entwicklung zu entwerten scheint. Kritische und pragmatische Neutralitäts-

auffassungen haben seit 1993 auf Kosten der traditionalistischen vor allem bei den jüngeren Generationen an Boden gewonnen. Als Traditionalisten hinsichtlich Neutralität können heute etwa 37 % der Schweizerinnen und Schweizer gelten (1993: 48 %), als Vertreterinnen bzw. Vertreter einer pragmatischen Sicht 21 % (seit 1993 unverändert) und als Kritikerinnen bzw. Kritiker 18 % (1993: 11 %). Die übrigen zeigen eine diffus widersprüchliche Neutralitätsauffassung. Insbesondere scheint die öffentliche Diskussion um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg das Prestige der Neutralität angekratzt zu haben. Zudem hat die Meinung zwischen 1993 und 1997 Boden gutgemacht, die Neutralität schliesse eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit insbesondere mit der Nato nicht aus.

Das Geschichtsbild zur Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg hat sich in der letzten Dekade – in den letzten Monaten womöglich beschleunigt – verändert. Dies zeigt ein Vergleich entsprechender Daten von 1983 und 1997. Eine Mehrheit von 60 % der Schweizerinnen und Schweizer sieht 1997 die Gründe für die Verschonung unseres Landes im Zweiten Weltkrieg vorab in der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und seinen Verbündeten und nicht bzw. nicht mehr – wie 1983 – in der militärischen Abwehrbereitschaft der damaligen Schweiz (1997: 40 %, 1983: 61 %). Weniger die älteren, wohl aber die jüngeren Generationen neigen zu dieser gewandelten Sicht der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Dieser offensichtliche Wandel des Geschichtsbildes ist deshalb von aktueller politischer Bedeutung, weil er in der öffentlichen Meinungsbildung erstens der Frage, wie die Neutralität der Schweiz inskünftig zu interpretieren sei, Auftrieb verleiht, und weil er zweitens das bislang vorherrschende traditionalistische Neutralitätsbild erodiert, das sich vorab auf nationale Symbolik und auf ein gewisses Sendungsbewusstsein im Sinne der friedlich-neutralen Nation, die der Welt als Vorbild dienen kann, abstützt. Offensichtlich beeinflusst die Auseinandersetzung um die bewaffnete Neutralität im Zweiten Weltkrieg und ihre «Moralisierung» in der internationalen Diskussion die aktuelle und womöglich künftige Neutralitätsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung.

PfP wird gutgeheissen

Das Abkommen der Schweiz mit der Nato im Rahmen der «Partnerschaft für den Frieden» (PfP) ist in der Bevölkerung allgemein, insbesondere bei der französischsprachigen und bei der weiblichen, wenig

bekannt, wird aber – nach Klärung durch die Befragerinnen und Befrager wo nötig – insgesamt von drei Vierteln der Interviewten gutgeheissen und als mit der Neutralität vereinbar empfunden. Zudem billigen derzeit durchwegs mehr Schweizerinnen und Schweizer als 1995 nonkombattante Zusammenarbeitsformen mit ausländischen Armeen. Der Einsatz von Schweizer Soldaten in friedenssichernden Missionen im Ausland ist 1997 hierzulande nicht mehr so schwer vorstellbar wie noch vor wenigen Jahren. Die öffentliche Meinung ist diesbezüglich bedeutend weniger als früher geteilt, sie hat sich offensichtlich an die kleinen Auslandkontingente von schweizerischen Armeeangehörigen gewöhnt. Das Medienbild von Blaumützen in Namibia, Westsahara oder von Gelbmützen in Sarajewo ebenso wie die Tatsache, dass diese Einsätze bisher erfolgreich und problemlos verlaufen sind, scheinen ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Im Gegenteil: Der Gedanke, dass Schweizer Soldaten und Soldatinnen ausserhalb eigener Landesgrenzen zum Einsatz gelangen, ist mittlerweile trotz der Ablehnung eines Blauhelm bataillons 1994 weitgehend zu einer Konsensmeinung geworden. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht darin keine Verletzung schweizerischer Neutralität. Der sicherheitspolitische Handlungsspielraum für die internationale Kooperation hat sich somit vergrössert.

Militärische Landesverteidigung

Nach einem Tiefpunkt 1996 erreicht die Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee 1997 wiederum die 70 %-Schwelle. Auch die wehrtragende Altersgruppe der 20–29jährigen sagt mehrheitlich ja zur Armee (58 % gegenüber 49 % im Vorjahr). Die Armeeakzeptanzrate wird nur bedingt über die äussere Bedrohungswahrnehmung entschieden. Letzterer kommt – zumindest in Zeiten relativer Stabilität – keineswegs die Bedeutung zu, die ihr häufig zugeschrieben wird. Vielmehr sind es in erster Linie innenpolitische Faktoren, die die Bewertung des Militärs bestimmen. Die im Vorjahr konstatierte, im Vergleich zu früheren Befragungen erhöhte Zustimmung für eine Berufsarmee ist auch in diesem Jahr festzustellen (36 %). Ob hinter der entsprechenden Sympathie grundsätzliche Überlegungen über die optimale Wehrstruktur stehen, ist eher zu bezweifeln. Die überdurchschnittlich hohen Befürworteranteile unter der wehrbetroffenen Altersgruppe der 18–29jährigen (49 %) und den männlichen Befragten (43 %) deuten eher auf «Ja-aber-ohne-mich»-Motive für das gestiegene Interesse an Freiwilligenstreitkräften. □